

Das 37. Laufer Forum – 2020 zum ersten Mal als digitale Veranstaltung

Seit fast 40 Jahren hat sich das von der „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise in Bayern“ und „Deutsch-Atlantischer Gesellschaft“ (beide e.V.) getragene Laufer Forum am Letten etabliert. Traditionell findet es jedes Jahr kurz vor Ostern statt. Pandemie-bedingte war auch für das Forum in diesem Jahr alles anders. „Zunächst hatten wir das Forum auf Oktober verschoben, doch als auch hier die Infektionszahlen wieder stiegen, mussten wir erneut kurzfristig umdisponieren“, erklärt Prof. Dr. Ekkehard Wagner, der das Forum gemeinsam mit Laufs stellvertretender Bürgermeisterin und Vorsitzenden der Frauen-Union Lauf, Nina Bezold, vorbereitet.

Doch die Organisatoren gaben nicht auf. Kurzerhand wurde eine gekürzte Version als Online-Tagung unter dem Motto „Sind Freiheit, Friede und Menschenrechte auf dem Rückzug, weil kriegerische Konflikte und politische Krisen zurzeit weltweit zu beklagen sind“ auf die Beine gestellt. „Einige Referenten waren sofort begeistert und auch viele der langjährigen Teilnehmer hatten uns ermuntert, das Forum zumindest auf diesem Wege stattfinden zu lassen“, so Bezold.

An aktuellen Themen und Diskussionsstoff mangelt es schließlich nicht. Norman Blevins, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Institut für Europäischen und Transatlantischen Dialog der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. in München, referierte als Erster zum Thema: „Die Vereinigten Staaten von Amerika nach den Wahlen – Ansichten von Innen und Außen“.

Er bot den gut 30 Zuhörern tiefe Einblick in die innenpolitische Situation der USA, die von einer bisher nicht dagewesenen Spaltung und Polarisierung der politische Lager gekennzeichnet ist und damit die erhoffte Konsensfindung der neuen Biden-Administration erschweren wird. „Aussöhnung“, gar „Zusammenarbeit“ werden die Republikaner voraussichtlich selbst dann blockieren, wenn die Demokraten die bevorstehenden Stichwahlen Anfang Januar in Georgia und damit zwei Senatssitze gewinnen. Gegenüber den Alliierten und Freunden werde der Ton der US-Administration wohl freundlicher und verbindlicher werden – in der Sache werde die Auseinandersetzung und Interessenvertretung der USA mit Partnern und Gegnern hart bleiben. Gegen Systemrivalen wie China und Russland werde es stärker Abwehrmaßnahmen geben. In der Innenpolitik werde eine ganze Reihe schwerwiegender Probleme zu lösen sein. Referent Blevins Sachkunde ließ erkennen, wie wenig wir Europäer und Deutsche eigentlich über unseren großen transatlantischen Nachbarn und Bündnispartner wissen.

Der zweite Referent Dr. Rudolf Sußmann leitete mehrere Jahre Projekte in Israel und den palästinensischen Gebieten und sprach zum Thema „Religion als *ein* Schlüssel zum Verständnis von Politik im Nahen Osten“. Dieser sei nicht nur Entstehungsort der „Abrahamitischen Weltreligionen“ wie Judentum, Christentum und Islam, sondern zudem gekennzeichnet von großer Vielfalt weiterer Glaubensrichtungen, Konfessionen und Sekten. Religion und Konfession seien dort

nicht Angelegenheiten persönlichen Glaubens, sondern trügen zur Stiftung von Gruppenidentitäten bei. Während im Judentum seit der Antike Volk und Religion kongruent seien, hätten Christentum und Islam die Gruppenidentität ins Universelle erweitert. Heute sei die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr religiös, wie in Israel, Syrien und Libanon zu beobachten sei. Doch gerate die säkulare Gesellschaft auch in diesen Ländern zunehmend in Konflikte mit erstarkenden religiösen Bewegungen, die sich auf Gott als obersten und alleinigen Gesetzgeber berufen. Göttliches Recht habe Vorrang vor staatlichem, mitunter sogar internationalem Recht. Dr. Sußmann betonte auch die besondere Rolle der (US-amerikanischen) evangelikalen Christen, die Donald Trump als ihren Akteur begreifen. Zwei Drittel der israelischen Bevölkerung unterstützten seine Kandidatur, wohingegen zwei Drittel der jüdischen Wählerschaft in den USA für Joe Biden stimmten.

Aus Brüssel schaltete sich kurz auch Marlene Mortler MdEP zu und diskutierte mit den Tagungsteilnehmern über tagesaktuelle Fragen, bevor der Bundestagsabgeordnete Florian Hahn MdB übernahm. Er ist stellvertretender Generalsekretär der CSU und Landesvorsitzender des „Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik (ASP)“. Sein Thema ist die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands. Seine Einschätzung und auch Hoffnung sei es, dass unter der Präsidentschaft Joe Bidens die zerstörerische Außen- und Sicherheitspolitik Donald Trumps und die damit einhergehende Schwächung nicht nur des NATO-Bündnisses, sondern des Freien Westens insgesamt korrigiert werde. Einfacher würden die Beziehungen nicht unbedingt, weil auch der neue Präsident von seinen europäischen Partnern, vor allem auch von Deutschland als dem wirtschaftlich stärksten Partner in der EU wesentlich stärkeren Einsatz für die Verteidigungsfähigkeit und -bereitschaft einfordern werde. Die am BIP berechneten 2 % Verteidigungsaufwendungen seien seit Jahren mit unseren Bündnispartnern in der NATO vertraglich und damit verbindlich vereinbart, müssten also angesichts geforderter Vertragstreue in Bälde erreicht werden. Bedauerlich sei, dass sich Teile der SPD zunehmend nach „links“ orientierten, Antiamerikanismus pflegten und bereit sind, die Sicherheitsprobleme des Bündnisses wie der EU zu verschärfen. Auch die Grünen setzen ihre Prioritäten anders. Es sei Aufgabe der Unionsparteien, das Thema Sicherheit und Verteidigung angesichts wachsender Bedrohungen stärker in die politische Auseinandersetzung einzubringen.

Der Laifer Politikwissenschaftler Prof. Ekkehard Wagner schloss die Tagung mit seinem Vortrag „Rechtsstaat versus Unrechtsstaat – wie sterben Demokratien“. Elemente der totalitären Herrschaftssysteme seien verbindliche Ideologie als Langzeit-Doktrin, **eine** Partei (Widerspruch in sich!), Gewaltenkonzentration, terroristische Geheimpolizei (auch Morde im Ausland!), Beherrschung aller Medien durch Zensur und nicht zuletzt Zentral- bzw. Planwirtschaft. Historische Beispiele aus dem letzten Jahrhundert seien Bolschewismus/ Kommunismus, Faschismus in Italien, Nationalsozialismus und andere autoritäre Systeme. Wagner wies anhand der letzten DDR-Verfassung – genannt „Honecker-Verfassung“ – nach, dass darin Gewaltenkonzentration expressis verbis festgeschrieben sei: Das

Oberste Gericht der DDR war dem Staatsrat und der Volkskammer untergeordnet. D. h. also, dass die Politik die Rechtsprechung bestimmte, und nicht das Recht die Politik. Schlimm für die Menschen in der DDR sei auch gewesen, dass es keine Verwaltungsgerichtsbarkeit gab – man konnte sich nicht gegen staatliche Maßnahmen wehren. Zum Schluss ging Wagner auf die derzeit gefährlichen Entwicklungen in bisher eindeutig demokratisch geführten Staaten ein – unglaublich: die USA als älteste Demokratie und leider europäische Nachbarn, von weltweit weiteren Staaten zu schweigen, seien in Gefahr, vorbildliche Rechtsstaaten zu verlieren. Das Urteil der Gäste war überwiegend positiv - doch bleibe die Präsenz-Tagung auf der Wunschliste politischer Bildung. Notieren Sie sich heute bereits den geplanten Termin fürs nächste Jahr: 23. und 24. April 2021.